

asta info

vom 10.06.05



(c) Braunschweiger Zeitung vom 08.06.05

TU Braunschweig, SoSe 07?

Apokalyptische Visionen nach der Einführung von Studiengebühren



Es war einmal... die Norddemo in Hannover am 02.06.05

S
U
M
M
E
R
O
F

Wie im Märchen strömten die Leute um kurz vor 12 zum Bahnhof, um gemeinsam mit uns gegen den Bildungsabbau zu demonstrieren. Die ASten norddeutscher Unis hatten gemeinsam mit tausenden Flugblättern, Plakaten und diversen Aktionen zum Widerstand aufgerufen. Eine Anfrage an den Präsidenten der TU-Braunschweig hatte eine allgemeine Ausfallempfehlung ermöglicht. Allein aus Braunschweig fanden sich ca. 750 Studierende am Opernplatz in Hannover ein. Die Berichterstattung schwankte in ihren Zahlenangaben zwischen 2.000 und 10.000 Teilnehmern, die aus Städten in ganz Norddeutschland anreisten. Die Stimmung war von Anfang an sehr gelöst und selbstbewusst. Einen großen Anteil daran hatten v.a. die hamburger Studierenden, die durch Springen und Aktionsgesänge die Motivation anheizten.

R
E
S
I
S
T
A
N
C
E

Der erste Redebeitrag des Tages, gehalten vom Studentenwerke Hannover, ging aufgrund einiger technischer Probleme leider in der Menge unter. Weiter, im wesentlichen sehr gute Reden wurden bei Zwischenkundgebungen von verschiedenen ASten und Organisationen gehalten. Dabei wurde die momentane politische Richtung in der Bildungs- und Sozialpolitik kritisiert. Ein Beispiel dafür kann auf den nächsten Seiten nachgelesen werden.

Ein kleiner Höhepunkt dieser ziemlich langen Demoroute war das Finanzministerium. An dieser Stelle wollte sich der Finanzminister Möllring zur Situation äußern. Jedoch verweigerten die Demonstranten ihm spontan das Rederecht und ließen stattdessen die braunschweiger Vertreter zu Wort kommen (siehe folgende Redebeiträge)! Eine zweite, sehr witzige Situation ergab sich vor dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur: Unbekannte haben in der Nacht trotz massiven Polizeiaufgebotes Außenwände des Ministeriums beschmiert. Daraufhin „forderte“ die Demoleitung ausgeschlafene Polizisten, um derartige Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern....!

Im Anschluss an die Veranstaltung fand auf dem Gelände der Universität Hannover ein Festival mit mehreren Bands statt. Das in diesem Rahmen stattfindende Nordnetztreffen kam zu einem überwiegend positiven Ergebnis. Allerdings war man sich einig, dass dies nicht das Ende der Protestbewegung sein. Es müssen noch viele weitere Aktionen folgen, um eine Wende in der Politik zu erreichen!

Erste Reaktionen auf die Demonstration kamen seitens des Wissenschaftsministeriums bereits am Freitag. Wissenschaftsminister Stratmann sieht aufgrund weiterer Kürzungsrunden die Legitimation und politische Glaubwürdigkeit gefährdet.

Dies sollte uns ermutigen, mit unseren Protesten fortzufahren! Weitere Infos zu Aktionen in Braunschweig gibt es im nächsten AstA-Info oder diversen Flugblättern.

Erster Redebeitrag des AstA

Man hört oft, das Studiengebühren vor allem die Landeshaushalte sanieren sollten. Die Hochschulen erklären aber nur mitzuspielen, wenn sie durch Gebühren mehr finanzielle Mittel bekämen. In den Entwürfen für Studiengebührenmodelle gehen die Gebühren dementsprechend auch an die Hochschulen direkt. Doch die erhofften Mehreinnahmen wird dies nicht bringen. In Niedersachsen wurden beispielsweise vor 2 Jahren im Rahmen des „Hochschul optimierungs Konzepts“ über 50 Millionen Euro im Jahresetat der Hochschulen gestrichen. Die Landesregierung versprach dann über einen Zukunftsvertrag Sicherheit vor weiteren Kürzungen zu schaffen. Doch in einem Entwurf zu genau diesem Vertrag ist festgeschrieben, dass die Hochschulen Lohnsteigerungen der Angestellten bis zu 1% selbst tragen müssten. Das bedeutet innerhalb von fünf Jahren Einbußen in Höhe des HOKs für die Hochschulen. Eine weitere Kürzungsrunde wird schon diskutiert. Die „Verbesserung der Lehre“ durch mehr Geld für die Hochschulen ist also eine leere Versprechung.

Was die Befürworter der Gebühren unter „Verbesserung der Lehre“ verstehen ist etwas ganz anderes. Die Absolventen der Hochschulen sollen in Zukunft besser auf den Arbeitsmarkt angepasst sein, Studiengänge an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet werden. Menschen sollen nicht das lernen, was Menschen nützt, sondern das, was dem Wirtschaftsstandort Deutschland nützt. Menschen sollen nicht das lernen, was sie interessiert, sondern das, womit sie später viel Geld verdienen können um ihre Schulden aus dem Studium abzubezahlen.

Studiengebühren selektieren durch den finanziellen Druck, den sie auf die Studierenden aufbauen zielstrebige und wirtschaftsorientierte Studierende. Wer sich mit weniger wirtschaftsbezogenen Wissenschaften oder Künsten beschäftigt wird es in Zukunft noch schwerer haben, als bisher schon. Wer neben dem normalen Stoff noch einen Blick über den Tellerrand wagt und sich weiterbildet, wird durch die immer straffer werdenden Studienordnungen unweigerlich länger brauchen und steht so vor einem noch größeren Schuldenberg.

Was durch die Gebühren stirbt, ist nicht die Wissenschaft und Bildung an sich, sondern die kritische Auseinandersetzung mit ihr und unserer Gesellschaft.



Gleichzeitig entstehen durch Kürzungen von Sozialleistungen und Kürzungen im Kulturbereich immer neue Probleme in der Gesellschaft. Alle Menschen stehen immer mehr gegeneinander im Wettbewerb um Arbeit, Geld und Lebensqualität. Gegenseitige Hilfe und Solidarität wird immer seltener. Gerade jetzt ist eine kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen besonders wichtig, vom Staat aber nicht gewollt.

Wer braucht schon eine gesunde Gesellschaft, wenn der Profit stimmt.

Um den Wettbewerb im Studium noch zu verstärken hat die FDP in Niedersachsen beispielsweise vorgeschlagen, die besten 15% der Studierenden von den Gebühren zu befreien. Da werden es sich viele zweimal überlegen, ob sie Kommilitonen helfen, wenn es dabei um 500€ geht.

Doch nicht nur eine blühende Wirtschaft verspricht man sich von den Gebühren. Durch Selektion der Studierenden sollen die Kosten für deren Ausbildung gesenkt werden. Wer nebenbei arbeitet ist unerwünscht, wer länger braucht sowieso. Durch die zusätzliche finanzielle Belastung werden diese Studierenden aussortiert. Dadurch soll der „Durchfluss“ an Studierenden durch die Hochschulen gesteigert und so die Kosten für die Ausbildung des Einzelnen gesenkt werden. Das dabei finanziell schwächer gestellte auf der Strecke bleiben wird nicht nur toleriert sondern ist fest eingeplant. Nicht mehr Studierende will man erreichen, sondern mehr Absolventen. Und dann sucht man sich diejenigen aus die am „billigsten“ für den Staat sind, also möglichst viel selbst zahlen.

Zusammengefasst: Studiengebühren verschärfen die Selektion im Bildungssystem. Studiengebühren richten die Bildung stärker an der Wirtschaft aus. Der Wirtschaftsstandort Deutschland und der Profit der Unternehmen wird über die Belange der Menschen gestellt. Studiengebühren erschweren eine kritische Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft. Studiengebühren machen nichts besser, weder für Studierende noch für den Rest der Gesellschaft, nur für Politik und Unternehmen.

Sie sind grundsätzlich, in jeder Form und jeder Höhe überall abzulehnen. Keine Studiengebühren, weder in Niedersachsen, noch in Hamburg, Bremen oder Schleswig-Holstein, noch sonst irgendwo in Deutschland oder dem Rest der Welt.

Die Einführung von Studiengebühren geht einher mit der Umstellung auf Bachelor/Master, Eliteuniversitäten und Kompetenzzentren. Dazu wird Mirco euch jetzt etwas erzählen.

Zweiter Redebeitrag des AStA

Ein weiteren Grund Studiengebühren generell abzulehnen, zeigt uns der Blick auf den Bologna-Prozess und die damit verbundene Umstellung des deutschen Hochschulwesens auf Bachelor- und Masterstudiengänge.

Es gibt schon jetzt keine Beschränkung für Studiengebühren für ein Zweitstudium.

Dies bedeutet für die Absolventen eines Bachelorstudienganges, wenn der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss deklariert wird, wie es im neuen NHG-Entwurf vorgesehen ist, dass sie nicht nur auf dem Arbeitsmarkt mit einem bisher nicht anerkannten Studiengang Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Sondern, wenn sie zu den glücklichen von der Landesregierung festgelegten 50% Übergangsquote gehören, können sie in ihrem Masterstudiengang Studiengebühren bezahlen, die nicht bei 500 Euro festgelegt sind. Denn der Masterstudiengang ist ihr Zweitstudium.

Wir können uns im Rahmen einer Elitenbildung, wie es Übergangsquoten zeigen, vorstellen, dass die Studiengebühren deshalb weitaus höher liegen werden, wenn sie schon für das Grundstudium bis zu 500 Euro betragen sollen.

Denen, die ein Bachelorstudium bereits aufgenommen haben, wurde versichert, dass sie ihr Studium an dem Ort beenden können, an dem sie ihr Studium aufgenommen haben.

Gehören sie aber zu denen, die trotz der Quotenregelung ein Masterstudiengang aufnehmen können und wollen, dann ist ihnen dies nicht zugesichert.

Denn an vielen Hochschulen werden zwar fleißig Bachelorstudiengänge eingerichtet, aber um eine Akkreditierung oder sogar die Einführung eines Masterstudienganges ist es bisher oft schlecht gestellt.

Die Studiensituation der Bachelorstudierenden ist nicht nur durch Verwirrung in den Fachbereichen oder Fakultäten, was Studienordnungen und Prüfungsordnungen oder Absprachen zwischen den Fächern angeht, unverantwortlich, sondern wird durch eine neue Hiobsbotschaft aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur der Landesregierung noch verstärkt.

Der neueste Streich der Landesregierung lautet nun Clusterbildung. Bereits am 25.5 wurden die Hochschulleitungen von Hannover, Braunschweig

S
U
M
M
E
R
O
F
R
E
S
I
S
T
A
N
C
E

Göttingen und Clausthal-Zellerfeld ins MWK gerufen, damit festgestellt werden kann, welche Studiengänge an diesen Hochschulen geschlossen werden können, um sie an eine andere dieser Hochschulen zu verschieben.

Die Landesregierung verkauft dies als Kompetenzstärkung, ich würde es eher eine neue Kürzungsrunde des Hochschuloptimierungskonzeptes bezeichnen.

Nicht nur Bachelorstudierende kann diese Clusterbildung treffen, sondern auch die Studierenden der alten Studiengänge, wenn ihre Studiengänge an ihren Hochschulen geschlossen werden.

S Dabei klingt dies Wort Kompetenzstärkung doch so schön und hochaktuell. So war es doch die rot-grüne Bundesregierung, die eine Exzellenzförderung ins Leben rufen wollte.

U Einige Unionsgeführte Länder haben dies verhindert, wo unsere Landesregierung nicht unbeteiligt dran gewesen sein wird.

M Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass diese Kompetenzstärkung etwas anderes als die Exzellenzförderung der Bundesregierung ist.

E Die Landesregierung will Studiengänge an Hochschulen verschieben bzw. schließen, was sicherlich auch eine neue Sparmaßnahme sein wird.

O Die Bundesregierung wollte hingegen 1,9 Milliarden für die Exzellenzförderung bereit stellen. Trotzdem müssen wir überhaupt erst ein Mal überlegen, ob wir eine solche Exzellenzförderung nach amerikanischem Vorbild überhaupt wollen.

F Hiervon werden sehr wahrscheinlich eh nur die profitieren, die schon jetzt die Elite bilden, auch wenn Äquivalenzgesetze dies formal verhindern.

R Die 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zeigt was anderes. Die Chancen zur Aufnahme eines Studiums von Zugehörigen der sogenannten Herkunftsgruppen „gehoben“ oder „hoch“ sind überproportional höher gegenüber denen der Herkunftsgruppen „niedrig“ oder „mittel“

E Mitglieder der Herkunftsgruppe „mittel“ haben bereits eine 3fach so hohe Chance zu studieren, wie die Zugehörigen der Herkunftsgruppe „niedrig“. Bei der Herkunftsgruppe „gehoben“ hat eine 6fach so hohe und die der Herkunftsgruppe „hoch“ sogar eine 8fach so hohe Chance zu studieren. Die eventuelle Abschaffung des Bafögs würde dies noch zusätzlich verstärken.

S Der Blick zum Vorbild USA bestätigt, dass durch die Exzellenzförderung eine schon bestehende soziale Elite und nicht eine Leistungselite gefördert wird. Dies darf nicht sein!

I Wir müssen eine Breitenförderung nach skandinavischem Vorbild fordern, von der Landesregierung und der Bundesregierung.

S Nur dies wird langfristig zu einer gerechteren und emanzipierteren Bildungslandschaft und damit auch Gesellschaft führen.

Deshalb:

Freie Bildung für Alle und zwar kostenlos!

Was hat Hartz IV mit Unis zu tun?

Ein Euro Jobs, das ist was für arbeitslose Hauptschulabsolventen. Die können dann Unkraut jäten auf Gehwegen, dafür wäre ja sonst kein Geld da und dann gewöhnen die sich nicht so daran, den ganzen Tag vor der Glotze zu sitzen. Wiedereingliederung in die Arbeitswelt nennt man das. Wartet mal, an den Hochschulen fehlt doch auch immer Geld, da könnte man doch statt Lehrpersonal arbeitslose Akademiker einstellen...

Klingt abwegig? An vielen deutschen Unis ist das Wirklichkeit! An der FH Jena betreuen arbeitslose Akademiker jetzt das Chemie Praktikum, an der Uni Erfurt werden sie eingesetzt um Konferenzen zu organisieren. Die Uni Marburg stellt mittlerweile 25 "Ein-Euro Jobber" an, größtenteils in der Bibliothek und Archiven.

Es ist zu befürchten, das andere Unis ihrem Beispiel folgen werden. Eine Hochschule die sich permanent in Rankings profilieren will, kann der Versuchung nur schwer widerstehen, die Betreuung der Studierenden so billig zu verbessern.

Aber es gibt gute Gründe Ein-Euro Jobs (nicht nur) an Unis kritisch gegenüber zu stehen:

Ein-Euro Jobs sind Zwangsarbeit! Wer sich weigert, einen solche Job anzunehmen, dem werden die sowieso schon knappen Leistungen gekürzt. Und zwar schon in der ersten Stufe der Reform um 30 Prozent, für unter 25-jährige sogar komplett. Dabei wird z.B. ein arbeitsloser Architekt dadurch, dass man ihn zum Büchereinsortieren zwingt, keineswegs in die Arbeitswelt eingegliedert. Auch ein arbeitsloser Handwerker erhält durchs Unkrautjäten keine neuen beruflichen Perspektiven. Diese Tätigkeiten sind nicht einmal ABM-Maßnahmen. Durch die geringe Bezahlung setzen sie den Wert der Arbeit herab. Offiziell sollen nur zusätzliche Stellen durch Ein-Euro Jobber besetzt werden. Wegen der Kürzungen sind an den Hochschulen viele HiWi-Stellen aber momentan nicht besetzt, manche sind sowieso nicht regulär vorgesehen, z.B. für einmalige Arbeiten wie Skripte setzen. Diese Stellen könnten also "zusätzlich" durch Ein-Euro Jobber besetzt werden. Damit stehen Studierende in Konkurrenz zu staatlich geförderten Dumping-Löhnen.

Hartz IV schafft einen neuen Billiglohnsektor. Die TU Braunschweig kann diese Entwicklung eindämmen, indem sie keine Ein-Euro Jobber einstellt.

Impressum:

Weitere Infos gibt es unter:

www.bildung-schadet-nicht.de

ViSdP: ASTa der TU Braunschweig, Katharinenstrasse 1, 38106 Braunschweig